

Vom Entlastungspaket zum Abbauprogramm!

Die Personalverbände protestieren dagegen, dass das Personal, die Bildung und das Gesundheitswesen die verfehlte Finanz- und Steuerpolitik ausbaden muss. Die Präsidentin der PVK forderte unlängst auch die Einnahmenseite des Kantonshaushalts konsequenter zu bewirtschaften. Mehr Steuerkommissäre und Steuerkommissärinnen einstellen für effektivere Bearbeitung des Steuersubstrats.

Die Personalverbändekonferenz sieht sich im Entlastungspaket 2026 bis 2028 hintergangen! Das Personal muss büssen! Nebst dem Teuerungsausgleich, der wegfällt für das Personal sind weitere Personalmassnahmen in der Bildung und im Pflegebereich vorgesehen. Die erneute Erhöhung der Krankenkassenprämien sind im Teuerungsausgleich nicht inbegriffen, was faktisch selbst bei ausbezahltm Teuerungsausgleich einen Reallohnverlust bedeutet. Für die Personalverbändekonferenz ist der Teuerungsausgleich zwingend nötig.

Die Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen werden sich mit der Einführung von NeLo (neues Lohnsystem) in den Mittel- und Berufsfachschulen verschlechtern. Grössere Schulklassen und weniger Lektionen auf Sek II-Stufe bedrohen die Qualität der Bildung. Die Personalverbände wehren sich gegen eine Verschlechterung des Bildungssystems. Die vorgestellten Massnahmen sind in Zeiten des Fachkräftemangels bei Lehrpersonen kontraproduktiv!

Die Bildung ist unser aller höchstes Gut! Und die Basis für einen sozial-wirtschaftlichen Kanton!

In der Pflege brodet es! Um den Notstand an Fachkräften in der Pflege zu mindern, hat das Sanggaller Stimmvolk der Umsetzung der Pflegeinitiative zugestimmt. Nun will die Regierung die nötigen Gelder dafür kürzen. Dies geht gar nicht! Auf dem Buckel der Pflegerinnen und Pfleger den Kantonshaushalt optimieren ist schlichtweg ein Affront gegenüber dem Pflegepersonal!

Im Entlastungsprogramm 2013 wurden in den Jahren 2014 und 2015 14 zusätzliche Steuerkommissärinnen und -kommissäre eingestellt. Mit der Antwort auf die Interpellation "Zusätzliche Steuerkommissärinnen und Steuerkommissäre für die korrekte und rechtsgleiche Anwendung des Steuergesetzes" in der vergangener Herbstsession hat die Regierung bestätigt, dass diese zusätzliche Fachpersonen Mehreinnahmen über durchschnittlich CHF 12,7 Mio pro Jahr generierten.

Die Personalverbändekonferenz fordert,

- nicht noch mehr Druck auf das Personal im öffentlichen Dienst auszuüben!
- Voller Teuerungsausgleich!
- Keine Schwächung unsere Bildungssystems!
- Umsetzung der Pflegeinitiative in allen Punkten!

Für Fragen steht die Präsidentin Andrea Schöb zur Verfügung.